

Kurzportraits der Kandidaten

François Fillon, Benoît Hamon, Marine Le Pen, Emmanuel Macron und Jean-Luc Mélenchon

(6. Februar 2017)

François Fillon (* 1954), Kandidat der Republikaner (LR), hat ein Studium des öffentlichen Rechts abgeschlossen. Mit 27 Jahren wird er als Abgeordneter des Départements Sarthe in die Nationalversammlung gewählt. Zwischen 1993 und 2004 hat er verschiedene Ministerämter inne und ist von 1998–2002 Präsident der Region Pays de la Loire. Während der Amtszeit des Präsidenten Sarkozy leitet er fünf Jahre lang als Premierminister die Regierungsgeschäfte. 2012 kandidiert er erfolglos für den Parteivorsitz der UMP, in der laufenden Legislaturperiode vertritt er als Abgeordneter einen Pariser Wahlkreis.

Die Vorwahlen der Republikaner gewinnt er zur Überraschung vieler mit einem wirtschaftsfreundlichen Programm, dessen Umsetzung den Arbeitnehmern einiges abverlangen würde. So fordert er z.B. die 35-Stunden-Woche abzuschaffen, das Renteneintrittsalter auf 65 Jahre zu erhöhen und das Arbeitsrecht zu lockern. Die Arbeitszeit der Beamten soll ohne vollen Lohnausgleich auf 39 Stunden pro Woche erhöht werden; 500.000 Stellen im öffentlichen Bereich sollen gestrichen werden. Die Laufzeit von Atomkraftwerken soll unter seiner Präsidentschaft auf 60 Jahre verlängert werden, ein Ausstieg aus der Kernkraft ist für ihn keine Option.

Nachdem u.a. bekannt geworden ist, dass Fillon seine Frau als vermutlich fiktive Assistentin auf Parlamentskosten beschäftigt hat, steht er unter großem Druck und ist in den meisten Umfragen auf den dritten Platz zurückgefallen.

Benoît Hamon (* 1967), Kandidat der Parti socialiste (PS), hat Geschichte studiert und sich schon als Student politisch für die PS engagiert. 1993 wird er Präsident ihrer Jugendorganisation, an diese Tätigkeit schließen sich verschiedene Parteiämter und Mandate an. Von 2004–2009 ist er Europaabgeordneter, von 2008–2012 Sprecher der sozialistischen Partei. Im Kabinett Ayrault ist er zunächst für Sozialwirtschaft zuständig, von April bis August 2014 fungiert er als Bildungsminister im Kabinett Valls. Er verliert seinen Kabinettsposten, nachdem er sich öffentlicher Kritik am Kurs des Präsidenten angeschlossen hat.

Innerhalb seiner Partei vertritt er den linken Flügel, was sich in seinem Programm, mit dem er die Vorwahlen des linken politischen Spektrums gewonnen hat, manifestiert. In Anbetracht des technischen Fortschritts möchte er Arbeitszeiten keinesfalls verlängern sondern sie eher weiter verkürzen, außerdem soll unter seiner Regierung langfristig ein Grundeinkommen eingeführt werden, das allen Franzosen als Grundsicherung ausbezahlt wird.

Marine Le Pen (* 1968), Kandidatin des Front National, war von 1992–1998 als Anwältin tätig und hat von 1998–2003 die juristische Abteilung ihrer Partei geleitet. Seit 2004 ist sie Mitglied des Europarlamentes, seit 2011 Präsidentin des Front National, als dessen Kandidatin sie bei den Präsidentschaftswahlen 2012 im ersten Wahlgang 17.9% der Stimmen erreicht hat.

Anders als ihr Vater hält sie sich mit rassistischen und antireligiösen Parolen weitgehend zurück. Sie versucht sich als „nationales“ Bollwerk gegenüber fremden „Gefahren“ (Einwanderung, Globalisierung, Kriminalität, Euro) zu profilieren. Im Falle eines Wahlsiegs will sie ein Referendum abhalten, in dem über Frankreichs Austritt aus dem Euro und der Europäischen Union entschieden werden soll. Die meisten Umfragen sagen ihr einen Sieg im ersten Wahlgang voraus, im zweiten Wahlgang werden ihr allerdings kaum Chancen eingeräumt, zu gewinnen.

Emmanuel Macron (* 1977), Kandidat der Bewegung En Marche (EM), ist Absolvent der Hochschule für Politikwissenschaft Paris und der Elitehochschule für Verwaltung (ENA) Strasbourg. Von 2004–2008 war er in der staatlichen Finanzkontrolle tätig; von 2008–2012 arbeitete er als Investmentbanker. François Hollande berief ihn nach seiner Wahl in den Präsidialstab als Berater für Wirtschafts- und Finanzpolitik, von 2014–2016 bekleidete Macron das Amt des Wirtschaftsministers in der Regierung Valls. Seit seinem freiwilligen Rückzug aus der Regierung im August 2016 profiliert er sich als unabhängiger Politiker, der das klassische Links-Rechts-Schema für überholt hält.

Ähnlich wie François Fillon möchte er die Unternehmen stärker entlasten und das Arbeitsrecht weiter flexibilisieren. Im Gegensatz zu den anderen Kandidaten will Macron die europäische Integration Frankreichs weiter vorantreiben, da Frankreich allein die globalen Herausforderungen nicht meistern könne. Getragen von einer Welle der Euphorie könnte es ihm gelingen, in den zweiten Wahlgang einzuziehen.

Jean-Luc Mélenchon (* 1951), Kandidat der Bewegung La France insoumise (FI), hat Philosophie studiert und in den 70er-Jahren als Lehrer und Journalist gearbeitet. Zwischen 1986–2010 vertritt er für die PS das Département Essonne 19 Jahre lang im Senat, von März 2000 bis Mai 2002 ist er Minister für Berufsbildung in der Regierung Jospin. Im November 2008 verlässt er die PS, weil sie seiner Ansicht nach traditionell linke Positionen nicht mehr vertritt, und gründet die Linkspartei (Parti de Gauche), die sich an der deutschen Partei „die Linke“ orientiert. Bei der Präsidentschaftswahl 2012 erreicht er als Kandidat einer „Linksfrent“ (Front de Gauche), der auch die Kommunistische Partei angehört, im ersten Wahlgang 11.1% der Stimmen.

Mélenchon zieht PS-Wähler an, die sich von der Partei wegen der wirtschaftsfreundlichen Politik François Hollandes abgewandt haben, und Wähler, die früher mit den Ideen der Kommunistischen Partei oder trotzkistischer und linkssozialistischer Gruppierungen sympathisiert haben. Im Falle eines Wahlsiegs will er eine Neuregelung der EU-Verträge und eine Aufgabe der Austeritätspolitik durchsetzen. Falls dies scheitert, soll Frankreich die EU verlassen. In aktuellen Umfragen liegt er bei 10% der Stimmen, was seine Beteiligung am 2. Wahlgang unwahrscheinlich erscheinen lässt.